



# bedroht die deutsche Energiewende

# CETA bedroht die Energiewende in Deutschland

Eine Greenpeace-Recherche

Veröffentlichung: Oktober 2022

## Herausgeber

Greenpeace e. V.

Hongkongstraße 10

20457 Hamburg

Tel +49-170-3832076

[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

[lcunha@greenpeace.org](mailto:lcunha@greenpeace.org)

## Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als 630.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt der Völkerverständigung und des Friedens.

---

## Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0 **Pressestelle** Tel. 040/3 06 18-340, F 040/3 06 18-340, [presse@greenpeace.de](mailto:presse@greenpeace.de), [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de) **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0 **V.i.S.d.P.** Lis Cunha **Foto** Titel: © Sabine Mestars / Greenpeace, Oktober/2022

# **CETA bedroht die Energiewende in Deutschland**

## **Eine Greenpeace-Recherche**

### Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltliche Einordnung</b>	<b>1</b>
<b>Greenpeace-Recherche</b>	<b>2</b>
Beispiel 1: Vermilion Energy Inc.	3
Beispiel 2: Cameco Corporation	4
Beispiel 3: ExxonMobil	4
<b>Unternehmen verklagen Staaten häufig wegen Umwelt- und Klimaschutz</b>	<b>6</b>
<b>CETA und Wälder</b>	<b>8</b>
<b>CETA und indigene Rechte</b>	<b>8</b>
<b>Die CETA-“Verbesserungen” der Ampelkoalition</b>	<b>9</b>
<b>Greenpeace Forderungen</b>	<b>9</b>
<b>Weiterführende Links</b>	<b>10</b>

### Inhaltliche Einordnung

Die Energiekrise, der Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Klimakatastrophe – in unsicheren Zeiten sucht die Bundesregierung nach gleichgesinnten Handelspartner:innen. Kanada, mit ähnlichen demokratischen und ökologischen Werten, scheint ein geeigneter Kandidat. Unter anderem deshalb möchte die Bundesregierung CETA dieses Jahr ratifizieren. Doch es geht nicht nur darum, mit *wem* wir handeln, sondern auch *wie*.

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) wird seit 2017 vorläufig angewandt, obwohl Hunderttausende von Bürger:innen in ganz Europa heftig dagegen protestiert haben. CETA tritt jedoch erst vollständig in Kraft, wenn es von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Deutschland ist einer von elf Mitgliedstaaten, in denen CETA noch keine parlamentarische Zustimmung bekommen hat. Am 23. Juni

2022 kündigte die Ampelkoalition jedoch an, den Ratifizierungsprozess einzuleiten,<sup>1</sup> in der Erwartung, dass CETA im Herbst 2022 vom Bundestag ratifiziert wird. In seiner bisherigen Form ist das Abkommen jedoch undemokratisch und bedroht die Energiewende: Es würde kanadischen Investor:innen ermöglichen, Deutschland auf hohe Schadensersatzsummen zu verklagen. Und zwar dann, wenn sie ihre Investitionen durch neue Gesetze beispielsweise zum Schutz der Umwelt oder des Klimas gefährdet sehen. Erschwerend kommt hinzu: Diese Klagen würden nicht vor nationalen, ordentlichen Gerichten, sondern vor privaten geführt werden.

Die Koalition kündigte zwar an, CETA vorher insofern verbessern zu wollen, dass diese Sonderklagerechte für Unternehmen eingeschränkt werden.<sup>2</sup> Doch die von der Bundesregierung angestrebten Anpassungen reichen nicht aus, um die Bundesrepublik davor zu schützen.<sup>3</sup> Das ist besonders bedenklich, da die vorliegende Greenpeace-Studie zeigt: Über 360 kanadische Unternehmen hätten nach einer Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, Deutschland vor einem privaten Schiedsgericht zu verklagen. Diese Urteile außerhalb des nationalen Rechtssystems könnten die Steuerzahlenden in Deutschland am Ende Millionen und sogar Milliarden Euro kosten.<sup>4</sup> Ein undemokratischer Skandal, denn CETA stellt die Interessen von Unternehmen über die Interessen der Staaten, Bürger:innen und der Umwelt.

## Greenpeace-Recherche

Die vorliegende neue Greenpeace-Recherche zeigt: Es gibt derzeit mindestens 360 kanadische Unternehmen, die Investitionen in Deutschland haben und die mit CETA Sonderklagerechte gegen Deutschland bekommen würden.<sup>5</sup> Viele der identifizierten kanadischen Investor:innen befinden sich im Energiesektor. Aber nicht nur kanadische Energiekonzerne bekommen durch CETA Sonderklagerechte: Auch US-amerikanische Energiekonzerne könnten über ihre kanadischen Tochtergesellschaften die Investitionsschutzbestimmungen von CETA in Anspruch nehmen. Nachfolgend werden

---

<sup>1</sup> Handelsagenda der Ampelkoalition (2022).

[https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/themen\\_az/freihandel/220623\\_Handelsagenda-Positionspapier.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/freihandel/220623_Handelsagenda-Positionspapier.pdf)

<sup>2</sup> Grüne Bundestag (2022): Ampelverhandlungen. Für eine moderne und nachhaltigere Handelspolitik.

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/wirtschaft/fuer-eine-moderne-und-nachhaltigere-handelspolitik>

<sup>3</sup> Rechtsanwälte Günther im Auftrag des Umweltinstitut München (2022): Kurzzustellungnahme zur von der Bundesregierung angekündigten Interpretationserklärung zur Beschränkung des CETA-Investitionsschutzes auf direkte Enteignungen und Diskriminierungen.

[http://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Downloads/01\\_Themen/03\\_Verbraucherschutz/Freihandelsabkommen/CETA/Kurzzustellungnahme\\_CETA.pdf](http://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Downloads/01_Themen/03_Verbraucherschutz/Freihandelsabkommen/CETA/Kurzzustellungnahme_CETA.pdf); Prof. Dr. Alessandra Arcuri und Dr. Federica Violi im Auftrag

von PowerShift (2022): The CETA Joint Committee Draft Interpretative Decision: Transformative Change or Greenwashing? <https://power-shift.de/ceta-gutachten-2022/>

<sup>4</sup> Süddeutsche Zeitung (2015): Umstrittene Schiedsgerichte: Diese Staaten wurden von Investoren verklagt

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/umstrittene-schiedsgerichte-diese-staaten-wurden-von-investoren-verklagt-1.2370829>

<sup>5</sup> Basierend auf einer Orbis-Datenbank Untersuchung, geprüft anhand von Recherchen im CreditReform Portal

drei Beispiele aufgeführt, die die verschiedenen potenziellen Gefahren verdeutlichen, die CETA durch energiebezogene Investitionsklagen gegen Deutschland mit sich bringen würde<sup>6</sup>:

### Beispiel 1: Vermilion Energy Inc.

Vermilion Energy Inc., ein internationaler Öl- und Gasproduzent mit Sitz in Calgary, Kanada, ist Mutterunternehmen von Vermilion Energy Germany GmbH & Co.<sup>7</sup> Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit von Vermilion Energy Germany liegt in der Suche,



© 2022 VERMILION ENERGY INC.

Erschließung und Förderung von konventionellem Erdgas<sup>8</sup>. Es ist an mindestens neun Erdöl- und vier Erdgasfeldern in Niedersachsen<sup>9</sup> beteiligt und hält z.B. 50 % der Anteile an der Hannoversche Erdölleitung GmbH und 0,4 % der Anteile an der Erdgas Münster GmbH<sup>10</sup>. Vermilion Energy Germany (als Einzelfirma) meldete für 2020 Umsatzerlöse von 28 Mio. Euro<sup>11</sup>. Der kanadische Mutterkonzern Vermilion Energy Inc. konstatiert für 2021 in Deutschland (als Absatzregion) einen Umsatz von 111,8 Mio. Euro<sup>12</sup>, davon 27,6 Mio. Euro<sup>13</sup> mit Öl und 84,2 Mio. Euro<sup>14</sup> mit Erdgas. Bei

einem Anteil von 4,3 % an der Gesamtproduktion des Konzerns und 6,9 % an den konzerneigenen fossilen Reserven weltweit trägt Deutschland 6,3 % zum Umsatz des Gesamtkonzerns bei<sup>15</sup>.

---

<sup>6</sup> Zwar könnten einige dieser Ansprüche auch über den Energiecharta-Vertrag gegen Deutschland geltend gemacht werden. Aber genau wegen der realen Gefahr dieser Bedrohung haben die EU und die Mitgliedstaaten eine Reform des Energiecharta-Vertrags angestrebt und debattieren derzeit intensiv über einen Ausstieg aus dem Vertrag. Eine Ratifizierung von CETA würde diese Debatte ignorieren und das Potenzial für Konzernklagen zwischen EU-Mitgliedsstaaten und kanadischen und US-amerikanischen Unternehmen außerhalb des Energiecharta-Vertrags neu schaffen.

<sup>7</sup> US SECURITIES AND EXCHANGE COMMISSION: Form 40-F Annual report pursuant to Section 13(a) or 15(d) of the Securities Exchange Act of 1934 For the fiscal year ended: December 31, 2021, Commission file number: No. 001-35829 Vermilion Energy Inc. (4 March 2022)

<https://www.sec.gov/ix?doc=/Archives/edgar/data/0001293135/000141057822000274/vet-20211231x40f.htm>

<sup>8</sup> Vermilion Energy (2022): Unser Betrieb. <http://www.vermilionenergy.de/unsere-betriebe/unsere-betriebe.cfm>

<sup>9</sup> Vermilion Energy (2022): Questions and Answers.

<http://en.vermilionenergy.de/our-operations/questions-answers.cfm>

<sup>10</sup> CREDITREFORM HANNOVER: Vermilion Energy Germany GmbH & Co. KG (Crefonummer 2012442547)

<sup>11</sup> VERMILION D: Vermilion Energy Germany GmbH & Co. KG, Hannover, Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2020. (4. Juni 2021)

<https://www.unternehmensregister.de/ureg/>

<sup>12</sup> 131,935 Mio. US\$, Wechselkurs €/§ (2021) = 1,18. In: US SECURITIES AND EXCHANGE COMMISSION: Form 40-F Annual report pursuant to Section 13(a) or 15(d) of the Securities Exchange Act of 1934 For the fiscal year ended: December 31, 2021, Commission file number: No. 001-35829 Vermilion Energy Inc. (4 March 2022), p. 15, Management's Discussion and Analysis.

<sup>13</sup> ebd, p. 8, Annual Information Form.

<sup>14</sup> ebd, p.8, Annual Information Form.

<sup>15</sup> ebd, p. 8 Annual Information Form.

Die Vermilion Energy Inc. könnte CETA nutzen, um Deutschland zu verklagen, wenn sie der Meinung ist, dass die deutsche Regierung Maßnahmen ergriffen hat, die sich auf die erwarteten Gewinne oder den Wert ihrer Investitionen auswirken. Dies könnten etwa Klimamaßnahmen sein, die auf den Ausstieg aus Erdöl oder Erdgas abzielen oder strengere Umweltauflagen dafür festlegen.



© 2022 Cameco Corp.

### Beispiel 2: Cameco Corporation

Die kanadische Cameco Corporation gehört zu den weltweit größten Anbieter:innen von Uranbrennstoff und besitzt in Deutschland das Unternehmen Nukem Investments GmbH. Nukem betreibt in Deutschland den Handel mit Erzen und Mineralien aller Art im Geschäftsbereich der Cameco Gruppe.<sup>16</sup>

Während dies in letzter Zeit aufgrund des deutschen Atomausstiegs nicht erfolgreich war, hat die aktuelle Energiekrise infolge des Ukraine-Kriegs zu intensiven politischen Diskussionen darüber geführt, ob Deutschland den Atombetrieb im Land verlängern sollte. Bisher (Stand: Oktober 2022) wurde entschieden, dass nur bestimmte Atomkraftwerke bis April 2023 weiterlaufen sollen. Aber die Diskussion über eine mögliche längere Laufzeit der Atomkraftwerke ist damit noch nicht abgeschlossen. Sollte es zu einer weiteren Verlängerung kommen und CETA ratifiziert werden, könnten die Aktivitäten der Cameco Corporation in Deutschland wieder zunehmen. In jedem Fall könnte der Investor erwarten, dass sie zunehmen und das Unternehmen wäre demnach in der Lage, Deutschland nach einem erneuten späteren Ausstieg aus der Kernenergie zu verklagen.

### Beispiel 3: ExxonMobil

Der US-amerikanische Öl- und Gasriese ExxonMobil hat mehrere Tochtergesellschaften und Beteiligungen in Kanada, darunter auch die Beteiligung am zweitgrößten kanadischen Ölkonzern, Imperial Oil Limited<sup>17</sup>. ExxonMobil erzielte 2021 bei einem

<sup>16</sup> Cameco (2021): Energizing a clean-air world 2021, Annual Report.

<https://www.cameco.com/invest/financial-information/annual-reports/2021>; Handelsregister Aschaffenburg:

Liste der Gesellschafter der NUKEM Investments GmbH mit Sitz in 63755

Alzenau, Industriestraße 13, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Aschaffenburg unter HRB 12368. (29. Oktober 2015)

<sup>17</sup> EXXONMOBIL CANADA FINANCE COMPANY, INTEROIL CORPORATION, EXXONMOBIL CANADA ENERGY, EXXONMOBIL CANADA LTD, EXXONMOBIL CANADA PROPERTIES, EXXONMOBIL CANADA RESOURCES COMPANY, XTO ENERGY CANADA, CANADA IMPERIAL OIL LIMITED, CELTIC EXPLORATION LTD, ESSO TOWER, EXXON CHEMICAL CANADA, EXXON MOBIL CANADA, EXXONMOBIL RESOURCES LTD, MONTREAL PIPE LINE LTD, PAUL LIZOTTE FUELS, TOM LYNN FUEL LTD; US SECURITIES AND EXCHANGE COMMISSION: Form 10-K Exxon Mobil Corp Annual report > Subsidiaries of the Registrant (at 31 December 2020)

<https://sec.report/Document/0000034088-21-000012/xomexhibit21123120.htm>



© 2003-2022 Exxon Mobil Corporation

Umsatz von 276,7 Mrd. US-Dollar einen Gewinn von 23 Mrd. US-Dollar.<sup>18</sup> Der Konzern ist teilweise oder vollständig Eigentümer mehrerer Unternehmen in Deutschland. 100%ige deutsche Töchter von ExxonMobil (über Zwischenholdings) sind: ExxonMobil Production Deutschland GmbH, ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, Mobil Erdgas und Erdöl GmbH und

Esso Deutschland GmbH. An zwei weiteren Unternehmen in Deutschland ist ExxonMobil zusammen mit anderen Ölkonzernen beteiligt: BEB Erdgas und Erdöl GmbH Mineralölraffinerie Oberrhein. Bei diesen handelt es sich um den größten Erdgasproduzenten<sup>19</sup> bzw. die größte Erdölraffinerie in Deutschland.<sup>20</sup>

ExxonMobil könnte sein Netz von kanadischen Tochtergesellschaften nutzen, um Deutschland im Rahmen von CETA zu verklagen, sollten Maßnahmen ergriffen werden, die die erwarteten Gewinne seiner deutschen Investitionen beeinträchtigen. Dies schafft ein enormes, besorgniserregendes Potenzial für Klagen, wenn man die Größe des Unternehmens bedenkt: Allein in Deutschland erzielte ExxonMobil im Jahr 2021 einen Umsatz von 9,5 Mrd. Euro.<sup>21</sup> Exxon gehört zu den Hauptprofiteur:innen der gegenwärtigen europäischen Energiekrise und verkündet Rekordgewinne für das zweite Quartal 2022.<sup>22</sup> Eine der deutschen Tochtergesellschaften, die ExxonMobil Production Deutschland GmbH, betreibt Erdgas- und Erdölförderanlagen hauptsächlich in Norddeutschland und ist nach eigenen Angaben der größte deutsche Onshore-Ölproduzent. Sollten die deutschen Bundes- und Landesregierungen oder Kommunalverwaltungen neue Umweltauflagen oder -bedingungen für ihre Erdölförderkonzessionen festlegen, könnte ExxonMobil die Regierung möglicherweise vor dem durch CETA eingerichteten privaten Investitionsschiedsgericht verklagen.

Diese genannten Konzerne und viele weitere könnten die nationalen Gerichte in Deutschland umgehen, wenn sie sich durch die Maßnahmen der deutschen Regierung benachteiligt fühlen würden. Stattdessen könnten sie ihren Fall direkt vor das im Rahmen von CETA eingerichtete private Schiedsgericht bringen, das nur für ausländische Investor:innen zur Verfügung steht.

Zudem ist die Definition des Begriffs "Investition" in CETA sehr weit gefasst. Sie kann auch jede weitere Form von Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen, Anleihen

---

<sup>18</sup> ExxonMobil 2021 Annual Report.

<https://corporate.exxonmobil.com/-/media/Global/Files/investor-relations/annual-meeting-materials/annual-report-summaries/2021-Annual-Report.pdf>

<sup>19</sup> BEB: Das Unternehmen. <https://www.beb.de/about.html>

<sup>20</sup> MiRO: MiRO auf einem Blick. <https://www.miro-ka.de/de/portrait.htm>

<sup>21</sup> Exxon Mobil: Kennzahlen. <https://corporate.exxonmobil.de/Unternehmen/KennzahlenExxonMobil>

<sup>22</sup> Deutsche Welle (2022): Oil profits raise questions about tax, green investment.

<https://www.dw.com/en/oil-profits-raise-questions-about-tax-green-investment/a-62689177>

und Kredite an ein Unternehmen sowie Bergbaukonzessionen oder Ansprüche auf Geld aus einem Vertrag beinhalten.<sup>23</sup> Damit hätten noch weitere Investor:innen Ansprüche auf Sonderklagerechte als in dieser Greenpeace Recherche erfasst.

Es gibt genügend Fälle, in denen solche Investitionsabkommen von Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft für Entschädigungen in Milliardenhöhe ausgenutzt wurden.<sup>24</sup> Einige Beispiele werden im Folgenden benannt.

## Unternehmen verklagen Staaten häufig wegen Umwelt- und Klimaschutz

In der Vergangenheit haben kanadische Unternehmen ausgiebig von den Investorenschutzbestimmungen in bilateralen Investitionsabkommen Gebrauch gemacht. Kanada steht weltweit an sechster Stelle, was die Anzahl der Unternehmen betrifft, die ausländische Staaten im Rahmen von Handels- und Investitionsabkommen verklagen.<sup>25</sup> Kanadische Unternehmen haben diese privilegierten Gerichte mindestens 63-mal in Anspruch genommen<sup>26</sup>: Zum Beispiel gegen Kolumbien wegen des Verbots von Bergbauarbeiten im Páramos-Feuchtgebiet. Oder gegen Rumänien, weil es keine Umweltgenehmigung für das Bergbauprojekt eines kanadischen Investors erteilt hat.

Eine frühere PowerShift Studie<sup>27</sup> hat bereits mögliche Bedrohungsszenarien aufgezeigt, die auf den Investitionen kanadischer Energieunternehmen in bestimmte Öl- und Gasprojekte in Europa basieren. Die Investitionsschutzbestimmungen von CETA, die neue Klagen gegen EU-Regierungen ermöglichen würden, müssen jetzt vor allem vor dem Hintergrund der neuen deutsch-kanadischen Energiepartnerschaft<sup>28</sup> überprüft werden. Diese wird voraussichtlich bald zu neuen Flüssigerdgas (engl.: Liquefied Natural Gas, kurz LNG)-Projekten von Kanada nach Deutschland und damit zu neuen, einklagbaren Investitionserwartungen für kanadische Gasunternehmen führen.

---

<sup>23</sup> Article 8.1 CETA

<sup>24</sup> IISD (2021): Investor-State Disputes in the Fossil Fuel Industry:

<https://www.iisd.org/system/files/2022-01/investor%E2%80%93state-disputes-fossil-fuel-industry.pdf>

<sup>25</sup> UNCTAD: Investment Dispute Settlement Navigator.

<https://investmentpolicy.unctad.org/investment-dispute-settlement>

<sup>26</sup> ebd

<sup>27</sup> PowerShift (2021): Investorenschutz und Konzernklagen trotz Klimakrise?

<https://power-shift.de/wp-content/uploads/2021/09/Investorenschutz-und-Konzernklagerechte-trotz-Klimakrise-web.pdf>

<sup>28</sup> Pressestatement von Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck und Minister François-Philippe Champagne (2022).

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Videos/2022/20220512-pressestatement-habeck-champagne-englton/20220512-pressestatement-habeck-champagne-e-ton.html>



Wirtschaftsminister Robert Habeck selbst sagte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz<sup>29</sup> mit dem kanadischen Minister für Innovation, Wissenschaft und Industrie im Mai 2022: “Es gibt Verträge über Gaslieferungen beispielsweise, aber die enden irgendwann, weil Deutschland sich verpflichtet hat, klimaneutral zu werden, oder Europa sich verpflichtet hat. Und Unternehmen sagen: Aber das ist eine unrechtmäßige Beeinträchtigung meiner Investition und dagegen klage ich jetzt. Da wird die demokratische Souveränität, die Entscheidungsfreiheit genommen. Das ist aber nicht im Interesse von Kanada und nicht im Interesse von Deutschland. (...)“

Andererseits gibt es auch Beispiele deutscher Unternehmen, die andere Länder verklagt haben, weil diese eine ehrgeizige Klimapolitik verfolgten. Erst letztes Jahr, im Jahr 2021, verklagten beispielsweise die deutsche Energieriesen RWE und Uniper die Niederlande wegen des angekündigten Kohleausstiegs und nutzten dabei die umstrittenen Investor-Staat-Streitbeilegungsbestimmungen des wenig bekannten Energiecharta-Vertrags.<sup>30</sup> Berichten zufolge hat RWE eine Entschädigung von über einer Milliarde Euro gefordert.<sup>31</sup>

Das internationale Investitionsrecht im Allgemeinen wird von Investor:innen zunehmend als bevorzugtes Forum für die Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Klimakrise angesehen: Es gibt immer mehr Fälle, in denen eine Entschädigung für Klimamaßnahmen von Konzernen gefordert wird. Es besteht die Gefahr, dass Regulierungsmaßnahmen gegen den Klimawandel abgeschreckt werden<sup>32</sup>.

## CETA und Wälder

Die Ratifizierung von CETA könnte auch die Wälder gefährden. Es gibt kanadische Investor:innen aus dem Forstsektor, die Unternehmen in Deutschland besitzen und die CETA nutzen könnten, um die deutsche Regierung zu verklagen. Zum Beispiel wegen

---

<sup>29</sup> BMWK (2022). Pressestatement von Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck und Minister François-Philippe Champagne (Deutscher Ton).  
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Videos/2022/20220512-pressestatement-habeck-champagne-deuton/20220512-pressestatement-habeck-champagne-d-ton.html>

<sup>30</sup> UNCTAD (2021): RWE v. Netherlands.  
<https://investmentpolicy.unctad.org/investment-dispute-settlement/cases/1145/rwe-v-netherlands> und  
UNCTAD (2021): Uniper v. Netherlands.  
<https://investmentpolicy.unctad.org/investment-dispute-settlement/cases/1129/uniper-v-netherlands>

<sup>31</sup> Handelsblatt (2021): RWE verklagt Niederlande wegen Kohleausstieg auf Entschädigung in Milliardenhöhe.  
<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiewirtschaft-rwe-verklagt-niederlande-wegen-kohleausstieg-auf-entschaedigung-in-milliardenhoehe/26882956.html>

<sup>32</sup> Matteo Fermiglia, Catherine Higham, Corey Silverman-Roati and Joana Setzer (2021): ‘Investor-State Dispute Settlement’ as a new avenue for climate change litigation.  
<https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/news/investor-state-dispute-settlement-as-a-new-avenue-for-climate-change-litigation/>

Maßnahmen, die die Verbrennung von Holz als Biomasse für die Energieerzeugung verhindern, da dies ihre Gewinne beeinträchtigen könnte. Ein Beispiel hierfür ist die Alphakat GmbH. Sie liefert eine patentierte Technologie zur Umwandlung von Biomasse wie Holz in synthetischen Diesel. Während Deutschland dabei ist, sein Erneuerbare-Energie-Gesetz auszuarbeiten, haben verschiedene Interessengruppen, darunter Greenpeace, davor gewarnt, dass Energie, die aus der Verbrennung von Holz stammt, nicht gefördert werden sollte. Der Grund: Holzverbrennung ist nicht klimaneutral und läuft den Bemühungen Deutschlands, die Wälder im Land zu schützen, zuwider.<sup>33</sup> Der kanadische Investor der Alphakat GmbH – Alphakat Canada Inc. – könnte möglicherweise die Investitionsschutzklauseln von CETA nutzen und klagen, falls Bestimmungen getroffen würden, die die Energiegewinnung aus der Verbrennung von Waldbiomasse begrenzen oder verhindern.

## CETA und indigene Rechte

CETA könnte nicht nur die Energiewende in Deutschland, sondern auch indigene Gemeinschaften und die Umwelt in Kanada gefährden. Zur gleichen Zeit, in der CETA vom Bundestag verabschiedet werden soll, verhandelt die Bundesregierung intensiv mit ihren kanadischen Partner:innen, um die Details einer neuen deutsch-kanadischen LNG-Partnerschaft festzulegen.<sup>34</sup> Berichten zufolge haben die geplanten neuen LNG-Pipelines nach Deutschland bereits jetzt Auswirkungen auf indigene Völker in Kanada, da die Projekte ohne deren freie, vorherige und informierte Zustimmung entwickelt werden. Ein Beispiel ist das Goldboro LNG-Terminal im Land der Mi'kmaq-Nation<sup>35</sup>. CETA würde es den beteiligten kanadischen Investor:innen ermöglichen, Deutschland zu verklagen, sollte es zu Änderungen der Umwelt- und Menschenrechtsauflagen im Zusammenhang mit den Projekten oder zu einem Ausstieg aus dem Import von Flüssiggas aus Kanada kommen.

## Die CETA-“Verbesserungen” der Ampelkoalition

Die Regierungsparteien haben Ende Juni 2022 angekündigt, CETA verbessern zu wollen, um das Klagerecht der Unternehmen einzuschränken. Dabei sollen jedoch weder die Sonderklagerechte noch die privaten Schiedsgerichte abgeschafft werden. Stattdessen will die Ampelkoalition eine Auslegungserklärung zwischen der EU und

---

<sup>33</sup> Greenpeace (2022): Heizen mit Holz: Eine schlechte Alternative zu Gas, Öl und Kohle.

<https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-deutschland/heizen-holz-schlechte-alternative-gas-oel-kohle>

<sup>34</sup> Clean Energy Wire (2022): Europe's move away from Russian gas revives controversial LNG projects in Canada.

<https://www.cleanenergywire.org/news/europes-move-away-russian-gas-revives-controversial-lng-projects-canada>

<sup>35</sup> Ducie Howe (2022): LNG aus Kanada ist nicht grün. <https://taz.de/Indigene-und-Fluessiggas/!5867062>

Kanada verhandeln. Das heißt: Den privaten Schiedsgerichten sollen Vorschläge gemacht werden, wie sie die in den Investitionsschutzklauseln genannten Begriffe „billige und gerechte Behandlung“ und „indirekte Enteignung“ interpretieren sollen. Fraglich ist jedoch, ob es ausreicht, den Schiedsgerichten lediglich Vorschläge zu machen, wie sie die bestehenden Klauseln interpretieren sollten. Laut zwei aktuellen Rechtsgutachten wäre die von der Bundesregierung angestrebte Interpretationserklärung tatsächlich nicht wirksam.<sup>36</sup> Vielmehr müssten die CETA-Bestimmungen selbst verändert werden, um die Risiken von Klagen gegen Klimapolitik und -gesetze wirklich zu begrenzen, so die Gutachten.

Es ist allerdings noch völlig unklar, welche roten Linien die Bundesregierung bei diesen Verhandlungen gesetzt hat: Das Vorhaben ist in der Handelsagenda der Ampelkoalition bewusst vage formuliert. Deutlich ist hingegen: Eine solche Auslegungserklärung wird nicht verhindern, dass eine Paralleljustiz geschaffen würde.

## Greenpeace Forderungen

Greenpeace fordert von der Bundesregierung unter Federführung des Wirtschafts- und Klimaministeriums:

- Sie sollte keine ineffektive Blankoerklärung akzeptieren, die nur Lippenbekenntnis ist, aber in der Realität nichts ändert, denn: Selbst mit einem Partner wie Kanada könnten die Auswirkungen des Abkommens, so wie es vor Jahren verhandelt wurde, gewaltig und unumkehrbar sein. Hierdurch könnte die Klimakrise weiter verschärft und die Energiewende behindert und teurer werden.
- Sie sollte den Text der vereinbarten Erklärung früh genug veröffentlichen, um vor einer Ratifizierungsabstimmung ausreichend Zeit für unabhängige Analysen seiner Wirksamkeit sowie eine offene und detaillierte Diskussion zu ermöglichen. Die Möglichkeit, den Ratifizierungsprozess zu stoppen wenn die Erklärung die Sonderklagerechte nicht wirksam einschränkt, muss auf dem Tisch bleiben.

Greenpeace fordert von den Bundestagsabgeordneten:

- Sie sollen sich für die Demokratie und die Energiewende einsetzen und die Ratifizierung von CETA ablehnen. Diese Schiedsgerichte sind undemokratisch und müssen gestoppt werden. Trotz einer Interpretationserklärung könnten und werden ausländische Investor:innen versuchen, exorbitante

---

<sup>36</sup>Rechtsanwälte Günther im Auftrag des Umweltinstitut München (2022): Kurzstellungnahme zur von der Bundesregierung angekündigten Interpretationserklärung zur Beschränkung des CETA-Investitionsschutzes auf direkte Enteignungen und Diskriminierungen. [http://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Downloads/01\\_Themen/03\\_Verbraucherschutz/Freihandelsabkommen/CETA/Kurzstellungnahme\\_CETA.pdf](http://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Downloads/01_Themen/03_Verbraucherschutz/Freihandelsabkommen/CETA/Kurzstellungnahme_CETA.pdf) ; Prof. Dr. Alessandra Arcuri und Dr. Federica Violi im Auftrag von PowerShift (2022): The CETA Joint Committee Draft Interpretative Decision: Transformative Change or Greenwashing?. <https://power-shift.de/ceta-gutachten-2022/>

Entschädigungssummen für die demokratisch beschlossenen deutschen Klimamaßnahmen einzufordern. Dies alles zu Lasten der Steuerzahlenden.

## Weiterführende Links

Factsheet zu den Investitionsbestimmungen von CETA:

<https://trade-leaks.org/wp-content/uploads/2016/09/ICS-CETA-Sheet.pdf>

Langfassung:

<https://trade-leaks.org/wp-content/uploads/2016/09/ICS-CETA-Sheet.pdf>